

## Rede von Matthias Bärwolff

Aktuelle Stunde: "Aktuelle Aufgaben der Thüringer Jugendarbeit - Sicherung der Aufgabenerfüllung vor dem Hintergrund des Entwurfs des Doppelhaushalts 2008/2009"

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zugegebenermaßen, der Titel unserer Aktuellen Stunde ist nicht besonders kritisch, aber, ich denke, er drückt aus, worum es geht: Jugendarbeit und Landeshaushalt, der uns vorliegt. Demographischer Wandel, Perspektivlosigkeit, Kinderarmut, strukturelle Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen und ein sich verschärfender Rechtsextremismus, das sind die Probleme, vor die Kinder und Jugendliche heute gestellt sind. Das sind die Probleme, die mit den Mitteln und Instrumenten der Jugendhilfe gelöst und bekämpft werden sollten. Leider, so muss man feststellen, ist dieser Problembereich immer noch nicht im Bewusstsein der Landesregierung angekommen. Die Linksfraktion hatte dazu eine Reihe von Anfragen gestellt, aus denen hervorgeht, dass die Landesregierung es doch tatsächlich geschafft hat, die Anzahl der Sozialarbeiter innerhalb von fünf Jahren, nämlich von 2002 bis 2007, von 880 auf stolze 430 Stellen zu reduzieren. Das ist exzellent - würde Dieter Althaus sagen. Wer dann noch davon spricht, dass die Kinder- und Jugendpolitik in der Landesregierung einen hohen Stellenwert genieße, der nimmt entweder diese Realität nicht zur Kenntnis oder aber arbeitet im Sozialministerium.

Ich möchte das auch an ein paar Beispielen deutlich machen. Nicht nur die Anzahl der Sozialarbeiter ist geschrumpft, nein, auch die Mittel, die den Kommunen allgemein im Bereich der Jugendhilfe zur Verfügung stehen. Gab man den Kommunen 2004 noch 15 Mio. € aus der sogenannten Jugendpauschale, sind es mittlerweile nur noch 9 Mio. €. Hinzu kommt, dass 2004 die Kommunen verpflichtet waren, im Rahmen einer 50:50-Gegenfinanzierung 10 Mio. € für die Jugendarbeit hinzuzuschießen. Mit der Änderung der Richtlinie örtliche Jugendförderung wurde diese Kofinanzierung in ein Verhältnis 60:40 umgewandelt. Demzufolge stehen mit der Gegenfinanzierung den Kommunen nur noch 16 Mio. € zur Verfügung im Gegensatz zu 25 wie das im Jahr 2004 der Fall war. So Sie es mir nicht glauben, kann ich Ihnen es hier noch einmal verdeutlichen. Das sind sozusagen die Blöcke, die der Jugendarbeit zur Verfügung stehen. Im Jahr 2004 haben wir einmal rund 10 Mio. € aus der Jugendpauschale, 5 Mio. € etwa aus der Schuljugendarbeit, die nicht gegenfinanziert werden müssen, und noch einmal 10 Mio. € Gegenfinanzierung der Kommunen, dann kommen wir auf 25 Mio. €; heutzutage sind wir gerade bei 16 Mio. €. Also, das zeigt, die Jugendarbeit hat in der Landesregierung wenig Priorität, jedenfalls legen diese Zahlen diese Vermutung nahe. Sehr interessant ist, dass das Sozialministerium in einer Presseerklärung am 23. August erklärt, dass die Vorwürfe der LINKEN, nämlich, Jugendarbeit spielt in der Landespolitik keine Rolle, nicht stimmen, man würde lügen, den Kommunen stünden die, wie gesagt, 16 Mio. € zur Verfügung. Ich habe das ja gerade ausgeführt und ich denke, derjenige, der im Sozialministerium diese Presseerklärung verfasst hat, hat nicht so den ganz großen Bezug zur Realität.

Fakt ist, dass die Kinder- und Jugendhilfe in der Landesregierung keinen verlässlichen Partner findet, sondern nur auf eine temporäre Unterstützung hoffen kann, die dann im Zyklus der Wahljahre einsetzt. Im Ergebnis brechen dann zum einen viele wichtige Angebote vor Ort einfach weg. Zum anderen sind es die ehrenamtlich Engagierten, die Ihre Kürzungen auffangen. Dass dabei aber fachlich und qualitativ hochwertige Arbeit bewusst kaputtgespielt wird, nehmen Sie zumindest billigend in Kauf. Ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbar, gerade in der Jugendhilfe, aber eine Jugendleiter-Card ersetzt eben noch kein Sozialpädagogikstudium. Wir als Fraktion halten auch weiterhin am Fachkräftegebot des SGB

VIII, also des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, fest. Meine Damen und Herren, Qualität hat nun einmal ihren Preis.

Aber zurück zur Jugendpauschale: Denn, das gehört ja mit dazu, das ist eine Pauschale pro Kopf,

*(Beifall DIE LINKE)*

und selbst wenn man sich die Zahlen ansieht, die das Land pro Kopf ausgereicht hat, waren es im Jahr 2002 39 € pro Kopf, die an die Kreise überwiesen wurden, im Wahljahr 2004 49 € - wen wundert es - und in den Jahren darauf, im Jahr 2005, 2006 und 2007, waren es nur noch 29 €, die die Landesregierung pro Kopf ausgereicht hat. Diese Kürzungspolitik verkennt nach unserer Haltung jedoch den Umstand, dass die Jugendhilfe diese Mittel dringend benötigt hat, denn es gilt, die Probleme, die beispielsweise unser Schulsystem permanent produziert - Benachteiligung, Ausgrenzung - zu beheben. Probleme wie die Benachteiligung von Jugendlichen, Perspektivlosigkeit, Demotivation und Schulbummelei und der zunehmende Rechtsextremismus entstehen nämlich nicht aus einem luftleeren Raum, sondern sind auch Ergebnisse der konkreten Politik der Landesregierung.

Zu den Ausführungen zum Landesjugendförderplan hat schon die Kollegin Ehrlich-Strathausen gesprochen. Ich möchte noch mal zum Thema "Internationale Jugendarbeit" zurückkommen. Im Jugendförderplan sind dafür 150.000 € vorgesehen, die Leistungen der Landesregierung belaufen sich ...

**Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:**

Abgeordneter Bärwolff, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:**

Zwei Sätze noch bitte.

Die Finanzierungen der Landesregierung belaufen sich auf null Euro. Wir als LINKE fordern, die Mittel der örtlichen Jugendförderung erstens auf das Niveau von 2004 wieder aufzustocken und zweitens den im Jugendhilfeausschuss verabschiedeten Landesjugendförderplan endlich ernst zu nehmen, und zwar 100-prozentig auszufinanzieren, so wie der Bedarf auch festgeschrieben wurde. Danke.

*(Beifall DIE LINKE)*